

24.10.2023

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP

Bedürfnisse der Hochschulen ernst nehmen – Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Wissenschaftssektor stärken!

zu dem Antrag „**Chancen der Harmonisierung von Schul- und Semesterferien nutzen!**“
Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2555

I. Ausgangslage

Die Fachkräftesicherung wird nach Aussage von NRW-Wissenschaftsministerin Ina Brandes im Mittelpunkt der bevorstehenden Hochschulgesetz-Novelle stehen.¹ Ob Klima-, Energie- und Verkehrswende oder die vielfältigen Herausforderungen, die der demographische Wandel beispielsweise für den Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssektor mit sich bringt: Nordrhein-Westfalen wird in Zukunft noch stärker auf hervorragend ausgebildete Fachkräfte angewiesen sein. Die Initiative der Ministerin ist daher zu begrüßen.

Bei der Ausbildung von Fachkräften kommt den Universitäten und Hochschulen des Landes eine Schlüsselrolle zu. Gleichzeitig stehen sie selbst im Wettbewerb um die klügsten Köpfe. Um vor dem Hintergrund zum Teil deutlich attraktiverer Vergütungsstrukturen am freien Markt bestehen zu können, bitten die Hochschulen selbst um verbesserte Beschäftigungsbedingungen im Wissenschaftssystem.² Mit den Worten „[s]agt uns die Dinge, die ihr schon immer geändert haben wolltet, dann reden wir gemeinsam darüber, was davon sinnvoll und umsetzbar ist“³ hat Ministerin Brandes den Hochschulen hier ihre Reformbereitschaft zugesichert.

Den entsprechenden Handlungsbedarf haben Universitäten und Hochschulen zuletzt insbesondere bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich zum Ausdruck gebracht. Neben einer guten Forschungsumgebung und flexiblen Arbeitszeitmodellen ist zunehmend die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausschlaggebend für eine berufliche Tätigkeit an einer Universität oder Hochschule. Neben anderen Sachverständigen hat auch Professorin Susanne Staude als Vertreterin der Landesrektorenkonferenz der Hochschulen dies

¹ <https://www.jmwiarda.de/2023/06/15/ich-bin-noch-nicht-lange-genug-politikerin-um-in-so-etwas-eine-sinnvolle-gestaltung-meiner-zeit-zu-erkennen/> (zuletzt abgerufen am 20.10.2023).

² APr 18/ 218, S. 12.

³ <https://www.jmwiarda.de/2023/06/15/ich-bin-noch-nicht-lange-genug-politikerin-um-in-so-etwas-eine-sinnvolle-gestaltung-meiner-zeit-zu-erkennen/> (zuletzt abgerufen am 20.10.2023).

unterstrichen und ausgeführt, dass es „Strukturen brauch[t], die [den Hochschulen] die Flexibilität geben, die Diversität [...] [der] Beschäftigten und deren unterschiedlichen Bedürfnisse [...] abzudecken“.⁴

Einen wichtigen Beitrag dazu kann die Flexibilisierung der Semester- bzw. Vorlesungszeiten leisten: Durch die Option eines Vorlesungsbeginns bereits im September bzw. März ließen sich die Überschneidungen zwischen gesetzlichen Schulferien und veranstaltungsfreien Zeiten an den Hochschulen deutlich vergrößern. Dies würde die Betreuungproblematik in den Schulferien entschärfen und Hochschulen dadurch auch für junge Mütter und Väter zu einem deutlich attraktiveren Arbeitsplatz machen. Im Sommer 2023 umfasste die Überschneidung der Schulferien lediglich die ersten drei von zwölf Wochen der vorlesungsfreien Zeit. Als der Vorlesungsbetrieb an den Hochschulen endete, waren die Schulferien bereits zur Hälfte vorüber. In den folgenden Jahren werden die Überschneidungen ähnlich gering ausfallen.

Nach Auffassung der Landesrektorenkonferenz der Universitäten stellt eine solche Flexibilisierung daher „eine wirkliche Notwendigkeit“⁵ dar, denn: „Familienfreundlichkeit macht einen Unterschied – das ist nicht einfach so dahingesagt.“⁶

Ebenfalls betonten die Sachverständigen, dass durch flexibilisierte Vorlesungszeiten die Gleichstellung von Frauen und Männern gefördert würde: Da Kinderbetreuung zumeist von Müttern geleistet werde, seien es „leider häufig immer noch die Frauen [,die] ihrer Karriere im Wissenschaftsbetrieb nicht so nachgehen können wie die Männer.“⁷

Auch Ministerin Brandes hat sich dazu bekannt, die Thematik angepasster Semester- und Vorlesungszeiten „politisch aufzugreifen, wenn die Hochschulen wirklich einen Änderungsbedarf sehen.“⁸ Diese Chance gilt es nun im Rahmen der Hochschulgesetz-Novelle zu nutzen.

II. Der Landtag stellt fest:

- Die Fachkräftesicherung und -gewinnung ist eine zentrale Herausforderung auch für die Universitäten und Hochschulen des Landes.
- Mit ihrem Wunsch, durch flexibilisierte Semester- und Vorlesungszeiten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, kommen die Universitäten und Hochschulen ihrer Verantwortung für gute Arbeitsbedingungen im Wissenschaftssystem nach. Dies ist im Sinne der Hochschulfreiheit in NRW und verdient die Unterstützung der Landesregierung.
- Flexibilisierte Semester- und Vorlesungszeiten entlasten vor allem Frauen von Care-Arbeit und fördern dadurch die Gleichstellung von Frauen und Männern im Wissenschaftssystem.

⁴ APr 18/ 218, S. 13.

⁵ APr 18/ 218, S. 13.

⁶ APr 18/ 218, S. 12.

⁷ APr 18/ 218, S. 8.

⁸ <https://www.jmwiarda.de/2023/06/15/ich-bin-noch-nicht-lange-genug-politikerin-um-in-so-etwas-eine-sinnvolle-gestaltung-meiner-zeit-zu-erkennen/> (zuletzt abgerufen am 20.10.2023).

- Die Novelle des Hochschulgesetzes stellt den geeigneten Rahmen dar, um die Flexibilisierung der Semester- und Vorlesungszeiten anzustoßen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

die Erkenntnisse aus der Anhörung zum Antrag 18/2555 (APr 18/218) bzw. der dazugehörigen Stellungnahmen aufzugreifen und den Wunsch der Hochschulen und Universitäten nach flexibilisierten Vorlesungs- und Semesterzeiten umzusetzen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Dr. Bastian Hartmann

und Fraktion

Henning Höne
Marcel Hafke
Angela Freimuth
Franziska Müller-Rech

und Fraktion